



Die Eurokrise



Autor : Edmond
Alphandéry

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht einen Text des ehemaligen französischen Wirtschaftsministers Edmond Alphandéry zur Eurokrise. Der Autor erläutert zunächst die Gründe für die Entscheidung zugunsten einer gemeinsamen Währung und den institutionellen Rahmen der Eurozone vor dem Ausbruch der Schuldenkrise. Der Text enthält darüber hinaus eine wirtschaftliche Bilanz der ersten zehn Jahre seit Einführung des Euro. Diese fällt überwiegend positiv aus aufgrund der Erfolge in den Punkten Wachstum und internationales Vertrauen in den Euro, jedoch gibt es auch negative Aspekte wie den sich vergrößernden Abstand zwischen den Ländern Nord- und Südeuropas. Abschließend werden die wichtigsten Punkte der Schuldenkrise analysiert, die Auswirkungen auf den Finanzsektor und auf die Realwirtschaft, wie auch die Maßnahmen, die zur Überwindung der Krise in die Wege geleitet wurden.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Rapport 2012 - Wahlen/Europa **Wahlen** : Ungarn - Frankreich
Finanzkrise : Ungarn - Irland - Lettland - Vorhersagen - Frankreich - Griechenland - Polen - Slowenien - Portugal **Europäischer Rat** : Rede **Kommission** : Erasmus - Mehrwertsteuer - Mobilität **Parlament** : Tag der Offenen Tür - Piraterie - Roaming **Rat** : Erasmus - Diplomatie **Gerichtshof** : Kapitalanlagen **Diplomatie** : Irak
Deutschland : Wahlen - Deutsch-französische Zusammenarbeit - W. Schäuble
Dänemark : Plan 2020 **Spanien** : Statistik - Banken **Estland** : Rücktritt
Griechenland : Sackgasse **Litauen** : Ukraine **Portugal** : Spanien
Rumänien : Regierung **Großbritannien** : Rede - Verteidigung **Russland** : Regierung
Ukraine : Timoschenko **Berichte/Studien** : Gefährliche Produkte - Föderalismus - Frankreich - Frankreich/Europa **Kultur** : Museumsnacht - Theater/Berlin - Ausstellung/Malmö - Ausstellung/Basel - Filmfestival/Cannes

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Das Thema Wachstum steht im Mittelpunkt des "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2012"

Die Themen Wachstum und Lösungsvorschläge zur Überwindung der Krise stehen im Mittelpunkt des "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2012". Die 6. französische Ausgabe (die 3. englische Ausgabe) enthält ein Exklusivinterview mit Jean-Claude Trichet, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank. Der Rapport



Schuman 2012 enthält 67 Tabellen und Graphiken und 34 farbige Karten, die meisten bisher unveröffentlicht. Die Autoren laden Sie ein, sich einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union zu verschaffen. Der Rapport Schuman 2012 ist auf französisch und englisch erhältlich und kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden... [Fortsetzung](#)

2002-2012: Politische Entwicklungen in Europa. 10 Jahre "chroniques électorales"



Nach den Wahlen am 6. Mai in Frankreich und Griechenland empfiehlt die Robert Schuman Stiftung nachdrücklich die Lektüre der Studie Corinne Deloys, die eine einmalige Darstellung der politischen Entwicklungen während der letzten 10 Jahre in Europa enthält. Die Studie, die in der Reihe "Notes de la Fondation" veröffentlicht wurde, kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden. Sie ist nur auf französisch erhältlich... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Janos Ader wird Nachfolger von Pal Schmitt im Amt des ungarischen Präsidenten



Janos Ader (Allianz der jungen Demokraten, FIDESZ) wurde am 2. Mai vom ungarischen Parlament mit 262 gegen 40 Stimmen zum neuen Präsidenten Ungarns gewählt. Er hat sein Amt am 10. Mai angetreten für eine Amtsperiode von 5 Jahren. Janos Ader ist 52 Jahre alt und war bisher europäischer Abgeordneter... [Fortsetzung](#)

Analyse einen Monat vor den französischen Parlamentswahlen



Am 10. und 17. Juni sind 46 Millionen Franzosen zur Wahl eines neuen Parlaments (Assemblée Nationale) aufgerufen. Insgesamt werden 577 Abgeordnete für eine Wahlperiode von 5 Jahren gewählt, in zwei Wahlgängen. Im ersten Wahlgang muss der Kandidat, um gewählt zu sein, neben der absoluten Mehrheit auch mindestens 25% aller im Wahlkreis abgegebenen Stimmen erhalten. Falls im 1. Wahlgang kein Kandidat diese Anforderungen erfüllt, findet eine Woche darauf ein 2. Wahlgang statt. Hier können alle Kandidaten gegeneinander antreten, die im 1. Wahlgang mindestens 12,50% der Stimmen erhalten haben. Aktuell sind in der Assemblée Nationale 7 Parteien vertreten: UMP (313 Sitze), PS (186 Sitze), PCF (15 Sitze), PRG (7 Sitze), les Verts (4 Sitze), MoDem (3 Sitze), MPF (1 Sitz). Außerdem gibt es 9 unabhängige Abgeordnete, die eher rechts stehen und 15 unabhängige Abgeordnete, die dem linken Lager zugerechnet werden... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Ungarn: Geänderte Steuerregelungen in einigen Branchen



Am 9. Mai gab die ungarische Regierung bekannt, dass es neue Steuerregelungen für Energie- und Telekommunikationsunternehmen, wie auch für Banken und Versicherungen geben wird. Der ungarische Premierminister Viktor Orban hofft, durch die Änderungen ungefähr 655 Millionen Euro zusätzliche einnehmen zu können. Im Bereich Energie wird die Besteuerung vorübergehend von 19 auf 30% ansteigen. Im Bankensektor wird eine neue Transaktionssteuer eingeführt in Höhe von 0,1%. Im Bereich Telekommunikation wird es eine neue Steuer auf Kosten für Telefongespräche ab der 10. Minute geben, wie auch eine Sondersteuer für die Telefongesellschaften... [Fortsetzung](#)

Arbeitgeberverband geht von 1% Wachstum im Jahr 2012 aus

Am 8. Mai gab der irische Arbeitgeberverband IBEC in seinem vierteljährlich veröffentlichten Konjunkturbericht bekannt, dass es in Irland im Jahr 2012 voraussichtlich ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 1% geben wird. Investitionen in der Industrie, insbesondere in



Maschinen und Fabriken, werden voraussichtlich um 10% steigen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation der irischen Handelspartner kann von einer Exportzunahme ausgegangen werden aufgrund der verbesserten Wettbewerbssituation Irlands und aufgrund der Absenkung des Eurowechselkurses. Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es positive Signale. IBEC spricht sich für eine Ratifizierung des europäischen Fiskalpaktes aus (Treaty on Stability, Coordination and Governance (TSCG)), über den in Irland Ende Mai per Referendum abgestimmt werden wird. Eine Ratifizierung würde das Vertrauen der Investoren in die Wirtschaft des Landes stärken... [Fortsetzung](#)

BIP-Wachstum in Lettland



Nach neuesten Zahlen, die das nationale Statistikbüro Lettlands aktuell veröffentlicht hat, wuchs das BIP des Landes im ersten Quartal 2012 um 6,8% im Vergleich zum Vorjahreswert. Die Wachstumsraten im Industriesektor (+11%) und im Handel (+10%) haben positive Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation des Landes...

[Fortsetzung](#)

Frühjahrsprognose 2012-2013



Am 11. Mai veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Frühjahrsprognose 2012-2013. Entsprechend der veröffentlichten Daten befindet sich die Europäische Union in einer leichten Rezession. Dank unterschiedener politischer Aktionen konnten die Spannungen, die aufgrund der Unsicherheiten im Wirtschafts- und Finanzbereich auftraten, abgemildert werden. Eine langsame wirtschaftliche Erholung wird für die zweite Jahreshälfte vorhergesagt, mit einer Steigerung im Jahr 2013. Die Kommission geht davon aus, dass das BIP im Jahr 2012 in der Europäischen Union stagnieren und in der Eurozone um 0,3% sinken wird. Für 2013 wird ein Wachstum von 1% für die Eurozone vorhergesagt und von 1,3% für die Europäische Union, die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich weiterhin bei 10% liegen. Die Situation der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 2011 verbessert, die Haushaltsdefizite dürften weiter abnehmen, um im Jahr 2013 in der Europäischen Union auf 3,3% zu fallen, gegenüber aktuell 4,5%... [Fortsetzung](#)

Nationalbank Frankreichs sagt 0%-Wachstum für das 2. Quartal 2012 voraus



Am 10. Mai gab die französische Nationalbank in ihrem monatlichen Konjunkturbericht bekannt, dass das BIP in Frankreich im 2. Quartal 2012 voraussichtlich stabil bleiben wird. Im April 2012 blieb die wirtschaftliche Aktivität im Industriesektor unverändert, im Dienstleistungsbereich gab es ein leichtes Wachstum. Die Preise blieben in beiden Sektoren stabil. Der Klimaindex im Geschäftsbereich blieb zwischen März und April ebenso unverändert. Die Nationalbank geht von einem leichten Rückgang der Aktivität im Industrie- und im Dienstleistungssektor aus... [Fortsetzung](#)

Steigende Arbeitslosigkeit in Griechenland



Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist auch im Februar weiter angestiegen auf bis zu 21,7% gegenüber 21,3% im Januar, wie das griechische Statistikbüro (Ase) am 10. Mai bekannt gab. Am meisten betroffen sind junge Menschen, von denen jeder zweite keine Arbeit hat. Die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, die nicht mehr zur Schule gehen, hat nunmehr den Rekordwert von 53,8% erreicht, gegenüber 50,8% im Januar 2012 und 40,3% im Februar 2012. Ebenso sehr stark betroffen sind Frauen, von denen ein Viertel ohne Arbeit ist, gegenüber 18,6% arbeitslosen Männern. Insgesamt gab es in Griechenland im Februar 2012 1 070 724 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit nahm bezogen auf einen Monat um 1,3% zu und bezogen auf ein Jahr um 42,3%... [Fortsetzung](#)

Polnisches Parlament stimmt für Fiskalpakt



Am 14. Mai stimmte das polnische Unterhaus mit 294 gegen 155 Stimmen für die Ratifizierung des europäischen Fiskalpakts. Für die endgültige Ratifizierung durch den polnischen Staatschef muss zuvor noch der polnische Senat für den Pakt stimmen, der im März von 25 Ländern der Europäischen Union ausgehandelt wurde... [Fortsetzung](#)

Neuer Haushalt 2012 in Slowenien



Das slowenische Parlament verabschiedete am 11. Mai einen Nachtragshaushalt 2012, wie auch einen Sparplan, der verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzsituation des Landes und zum Abbau des Haushaltsdefizits vorsieht. Von 90 Abgeordneten stimmten 48 Abgeordnete für den neuen Haushalt, 49 Abgeordnete stimmten für den Sparplan. Die slowenische Regierung hofft, mit Hilfe der Maßnahmen das Haushaltsdefizit auf 3,5 bis 4% des BIP im Jahr 2012 reduzieren zu können, im Jahr 2011 betrug es noch 6,4% des BIP. Für 2013 wird ein Defizit in Höhe von 3% des BIP angestrebt. "Es handelt sich um die erste Etappe auf dem Weg zur Haushaltssanierung, es werden Maßnahmen zur Wirtschaftsankurbelung folgen" erklärte der Premierminister Janez Jansa während der Vorstellung des neuen Haushalts vor dem Parlament... [Fortsetzung](#)

Neues Arbeitsrecht in Portugal



Das portugiesische Parlament stimmte am 11. Mai endgültig den Änderungen im Arbeitsrecht zu, die den Arbeitsmarkt flexibler machen sollen und die von den Gläubigern des Landes im Gegenzug für die Finanzhilfe im Mai 2011 gefordert worden waren. Entsprechend der neuen Regelungen sollen von 2013 an die Arbeitszeiten flexibilisiert und Entlassungen erleichtert werden, Urlaubstage werden reduziert und vier Feiertage gestrichen (zwei religiöse Feiertage und zwei staatliche Feiertage). Die Änderungen sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Gewerkschaften und sozialer Gruppen mit Ausnahme der CGTP, die Hauptgewerkschaft der Kommunisten, die die Änderungen ablehnte... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Europa jenseits der Institutionen



Am 11. Mai betonte der Präsident des europäischen Rates, Herman Van Rompuy, in einer Rede in Kopenhagen, dass die Überwindung der Krise viel Zeit und Kraft erfordere. Die Defizite der Banken und des Staates hätten nachhaltig das Vertrauen in die europäische Wirtschaft erschüttert. Van Rompuy betonte die Notwendigkeit der Entwicklung einer "Mitverantwortung" aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit der europäischen Volkswirtschaften. Die in Frage stehende Geldmenge ist seiner Ansicht nach zu groß, um sie nur einem Akteur anzuvertrauen, das bisherige institutionelle System habe seine Grenzen offenbart... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Erasmus, ein europäisches Erfolgsprogramm



20 Jahre nach seiner Einführung ist das Austauschprogramm Erasmus entsprechend einer am 8. Mai veröffentlichten Bekanntmachung der Europäischen Kommission das bekannteste Programm der EU. Im Jahr 2010-2011 nahmen 231000 Studenten am Erasmus-Austauschprogramm teil, seit 1987 waren es insgesamt 2,5 Millionen. Es handelt sich um das erfolgreichste Austauschprogramm weltweit. Die beliebtesten Ziele sind Spanien, Deutschland und Frankreich. "In diesen schwierigen Zeiten sind die Fähigkeiten, die während eines Erasmus-Aufenthalts erworben werden, wertvoller denn je", erklärte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend... [Fortsetzung](#)

Neue Mehrwertsteuerregelung für Gutscheine

Am 10. Mai präsentierte die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Mehrwertsteuerregelung für Gutscheine, die auch für



Prepaid-Telefonkarten gilt, für Geschenkgutscheine und für Rabbatgutscheine. Aufgrund unterschiedlicher nationaler Regelungen sehen sich Unternehmen oft einer doppelten Besteuerung ausgesetzt, sie können nicht in vollem Umfang von den Vorteilen des gemeinsamen Marktes profitieren. "Es ist nicht zu rechtfertigen, dass dieser Wachstumsmarkt wegen Unsicherheiten und komplexer Steuerregeln eingeschränkt wird", erklärte Algirdas Semeta, europäischer Kommissar für Steuerfragen. Die neuen Regelungen, die die Kommission vorschlug, sollen allgemein gültige Definitionen für Gutscheine bieten und klarstellen, welchem Steuerrecht sie unterliegen. Die neuen Regelungen sollen zum 1. Januar 2015 in Kraft treten... [Fortsetzung](#)

Erste europäische Bürgerinitiative startet



Zur Feier des Europatags am 9. Mai startete offiziell die erste Bürgerinitiative namens "Fraternité 2020 - Mobility. Progress. Europe." Ziel der Initiative ist die "Verbesserung der Austauschprogramme der Europäischen Union, wie Erasmus oder der Europäische Freiwilligendienst, um zu einem vereinten Europa beizutragen, das auf Solidarität zwischen den Bürgern basiert". Die Initiatoren der Bürgerinitiative haben nun 12 Monate Zeit, um eine Million Unterschriften in sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu sammeln... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Tag der Offenen Tür im Europäischen Parlament in Straßburg am 20. Mai



Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Tag der Offenen Tür" in sämtlichen europäischen Institutionen wird das Europäische Parlament in Straßburg am 20. Mai für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Bereits um 9.30 Uhr gibt es ein feierliches Hissen der Europaflagge. Im Laufe des Tages gibt es Diskussionsveranstaltungen zum Thema "Aktives Altern" unter Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten und Vertreter politischer Gruppen und Vereinen. Die Robert Schuman Stiftung wird mit einem Stand vertreten sein, auf dem sie ihre Veröffentlichungen präsentieren und das Publikum über ihre verschiedenen Aktivitäten informieren wird... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament verabschiedet Resolution zur Piraterie in Ostafrika



Am 10. Mai verabschiedeten die europäischen Abgeordneten eine Resolution im Kampf gegen die Piraterie in Ostafrika. Entsprechend dem Resolutionstext sollen NATO und Europäische Union in diesem Bereich ihre Zusammenarbeit ausbauen. Die europäischen Abgeordneten kritisieren unter anderem fehlende Mittel und zum Teil sogar einen Rückgang der finanziellen Ausstattung bei Programmen wie EU NAVFOR oder Atalanta. Die Abgeordneten äußerten sich übereinstimmend dahingehend, dass sich die internationale Gemeinschaft für einen wirksamen Einsatz "auf einen globalen Ansatz in Bezug auf Somalia einigen muss, der Sicherheit und Entwicklung kombiniert"... [Fortsetzung](#)

Einigung der europäischen Abgeordneten bezüglich reduzierter Roaminggebühren



Am 10. Mai einigten sich die europäischen Abgeordneten mit 578 Stimmen gegen 10 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) auf reduzierte Gebühren im Falle von Roaming innerhalb der Europäischen Union für Mobiltelefone, Smartphones und Tablets. Vom 1. Juli 2012 an soll der Markt weiter geöffnet werden, um Wachstum zu fördern und die Gebühren zu senken. Ein Anruf wird ab Juli 2012 maximal 29 Cent die Minute kosten, 19 Cent ab 2014. Die Gebühren für SMS aus dem Ausland werden von maximal 11 auf 6 Cent ab dem Jahr 2014 gesenkt. Es handelt sich um die erste Einigung dieser Art, die eine Stärkung des Wettbewerbs vorsieht. Die Verbraucher werden ihre nationalen Verbindungen und ihre Roamingverbindungen getrennt kaufen können, ohne ihre Telefonnummer ändern zu müssen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Beschlüsse des Ratstreffens "Bildung, Kultur, Jugend und Sport"



Am 10. und 11. Mai einigten sich die 27 Minister für Bildung, Kultur, Jugend und Sport auf die wesentlichen Inhalte der Programme "Kreatives Europa" und "Europa der Bürger". Darüber hinaus wurden die Kulturhauptstädte für das Jahr 2016 bestimmt: San Sebastian (in Spanien) und Wroclaw (in Polen). Die Minister verabschiedeten auch Beschlüsse in Bezug auf den digitalen Zugang zu Kulturgütern. Abschließend wurden Beschlüsse verabschiedet im Kampf gegen Doping, dessen Bedeutung betont wurde aufgrund der Verpflichtung zur Gesundheitsvorsorge für die europäischen Bürger... [Fortsetzung](#)

Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



Am 14. Mai einigten sich die 27 Außenminister der Europäischen Union erneut auf eine Verschärfung der Sanktionen gegen Syrien, wobei die Minister zugleich die Mission Kofi Annans stärken wollen, da diese "die einzige Alternative" zur Beendigung der Gewalt sei. Die Minister sprachen ebenso über die Krisen im Nahen und Mittleren Osten, sie berieten darüber hinaus eine europäische Position bezüglich Afghanistan für den NATO-Gipfel in Chicago. Es wurden Maßnahmen in Bezug auf die Ukraine diskutiert, die Lage von Julia Timoschenko wird nach wie vor als unbefriedigend angesehen. Die Minister einigten sich darüber hinaus auf eine Regelung, die die Aussetzung der Sanktionen gegen Birma für die Dauer eines Jahres festlegt, wodurch die demokratischen Reformen, die bereits eingeleitet wurden, weiter unterstützt werden sollen... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

EuGH-Urteil: Unterschiedliche Besteuerung von Dividenden in Frankreich verstößt gegen europäisches Recht



Am 10. Mai urteilte der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH), dass die französische Besteuerung von Dividenden gegen europäisches Recht verstößt. Nach der französischen Steuerregelung unterliegen die Dividenden, die an nicht in Frankreich ansässige OGAW (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) ausgeschüttet werden, einer Quellensteuer von 25 %, während solche Dividenden nicht besteuert werden, wenn sie an einen gebietsansässigen OGAW ausgeschüttet werden. Die Frage wurde dem Gerichtshof vom Verwaltungsgericht in Montreuil zur Entscheidung vorgelegt, bei dem selbst 10 belgische Organismen aus Belgien, Deutschland, Spanien und Amerika, die in Frankreich aktiv sind, Klage eingereicht hatten. Der EuGH entschied, dass die französische Steuerregelung nicht mit europäischem Recht vereinbar sei. Die Regelung stelle eine Beschränkung des freien Kapitalverkehrs dar und sei somit ein Verstoß gegen das Recht der Union... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Kooperationsabkommen EU-Irak



Die Europäische Union und Irak unterzeichneten am 11. Mai ein Entwicklungs- und Kooperationsabkommen in Bezug auf den Kampf gegen Terrorismus und für Zusammenarbeit im Bereich Energie. Das Abkommen wurde in Brüssel von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton unterzeichnet, von irakischer Seite unterzeichnete der irakische Außenminister Hoshiyar Zebar. Catherine Ashton gab in einer Mitteilung bekannt, dass es sich um das erste Abkommen dieser Art zwischen dem Irak und der Europäischen Union handele... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Nordrhein-Westfalen: Rot-Grün als Wahlsieger



Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai erreichten die Sozialdemokraten (SPD), Partei der bisherigen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, mit 39,1% der Stimmen (99 Sitze) den ersten Platz, gefolgt von der CDU mit 26,3% der Stimmen (67 Sitze). Die rot-grüne Koalition kann ihre Arbeit mit einer neuen Stimmenmehrheit fortsetzen, Bündnis 90/Die Grünen konnten 11,3% der Stimmen gewinnen (29 Sitze). Die FDP kommt auf 8,6% der Stimmen (22 Sitze), gefolgt von den Piraten mit 7,8% (20 Sitze). Die Linke wird nicht mehr im Landtag vertreten sein (2,5% der

Stimmen). Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland und ein wichtiger Wirtschaftsstandort... [Fortsetzung](#)

Deutsch-französische Beziehungen: Wie sind Wachstum und Sparpläne in Einklang zu bringen?



Nach den Wahlen in Griechenland und Frankreich äußerte sich die Bundesregierung besorgt angesichts des Wahlergebnisses in Griechenland und zuversichtlich in Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen. Die Regierung in Berlin unterstrich, dass der Ausweg aus der Krise einen Abbau der Schulden und gleichermaßen ein verstärktes Wachstum voraus setze. In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 10. Mai betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass Wachstumspolitik und Schuldenabbau eng miteinander verbunden sind. Am 11. Mai präsentierte Außenminister Guido Westerwelle vor dem Bundestag einen 6 Punkte umfassenden europäischen Wachstumspakt. Angela Merkel wird am 15. Mai den neu gewählten französischen Präsidenten François Hollande in Berlin empfangen... [Fortsetzung](#)

17. Mai: Wolfgang Schäuble erhält den Karlspreis 2012



Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister und Mitglied des Verwaltungsrates der Robert Schuman Stiftung, wird am 17. Mai den Karlspreis 2012 erhalten. Der Preis wird ihm von Jean-Claude Juncker überreicht werden, Premierminister Luxemburgs und Präsident der Eurogruppe. Wolfgang Schäuble erhält den Preis "für seine herausragenden Verdienste um die Stabilität der Währungsunion und um die Vertiefung des Einigungsprozesses".... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Dänische Regierung veröffentlicht ihren "Plan 2020"



Am 8. Mai gab die dänische Premierministerin Helle Thorning-Schmidt den "Plan 2020" der dänischen Regierung bekannt, der einen Schwerpunkt auf Bildung und Beschäftigung legt. Die Regierung strebt die Schaffung von 180000 neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2020 an und ein Wachstum des Privatsektors um 2,25%. 60% aller Studenten sollen weiterführende Fortbildungen erhalten, die Stellenangebote im Privatsektor sollen zunehmen, wie auch die Ausbildungsplätze für Studenten und junge Studienabsolventen. Hierfür ist ein Pakt zwischen öffentlichem und privatem Sektor geplant, der helfen soll, den Übergang auf den Arbeitsmarkt für junge Menschen zu erleichtern. Die Ausweitung des öffentlichen Sektors soll auf 0,8% jährlich begrenzt werden, Einsparungen soll es vor allem im Verteidigungsbereich und bei den Renten geben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Spanien :

Spanien in Zahlen



Das spanische statistische Jahrbuch 2012 ist soeben erschienen. Seit 1858 wird es vom nationalen Statistikinstitut Spaniens, INE, veröffentlicht. Es enthält eine Vielzahl von Zahlen und Daten über Wirtschaft, Gesellschaft und Demographie des Landes mit aufschlussreichen Kommentaren... [Fortsetzung](#)

Bankenreform und staatliche Übernahme von Bankia



Am 11. Mai verabschiedete Spanien eine Reform, die die Banken mit zusätzlichen 30 Milliarden Euro ausstatten sollen. Die Banken gelten als gefährdet aufgrund der Turbulenzen im Immobiliensektor. Es handelt sich nach Auskunft der Regierungssprecherin Soraya Saenz de Santamaria um eine "Aufgabe zur Herstellung von mehr Transparenz, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen wieder herzustellen". Das Land "durchlebt die schwierigsten Momente in seiner Geschichte"; Spanien muss dringend sein Haushaltsdefizit reduzieren während sich eine erneute Rezession ankündigt. Am 9. Mai gab die spanische Regierung bekannt, dass sie die Kontrolle über die Bankengruppe "Bankia" übernehmen wird, die viertgrößte Bank des Landes. Der

Staat übernahm über eine indirekte Beteiligung Schulden in Höhe von 4,465 Milliarden Euro, wie der spanische Wirtschaftsminister in einer Pressemitteilung bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Estland :

Urmars Reinsalu wird neuer estnischer Verteidigungsminister



Der ehemalige Premierminister Estlands, Mart Laar (52 Jahre alt), der im Februar einen Gehirnschlag erlitt, erklärte am 6. Mai aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt vom Amt des Verteidigungsministers. "Ich habe immer mit vollem Engagement gearbeitet, dies ist im Moment nicht möglich, weshalb ich mich zum Rücktritt entschlossen habe." Nachfolger von Mart Laar ist Urmars Reinsalu, der am 11. Mai das Amt antrat... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Eine Regierung aus « unpolitischen Persönlichkeiten » als letzter Ausweg ?



Nach einer Woche fruchtloser Versuche gibt es fast keine Hoffnung mehr auf eine neue Regierungsbildung in Griechenland. Neuwahlen scheinen die einzige Lösung, mit dem Risiko einer Verschärfung der Krise und einer starken Beunruhigung der Finanzmärkte und der Eurozone. Am 14. Mai schlug der griechische Staatschef Carolos Papulias eine Regierung aus ?unpolitischen Persönlichkeiten? vor, als möglichen Ausweg aus der festgefahrenen Situation. Am 15. Mai treffen sich die Parteivorsitzenden sämtlicher griechischer Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei KKE und der Neonazi-Partei Chryssi Avghi. Sie werden versuchen, bis zum 17. Mai eine Einigung zu erlangen, dies ist das Datum des Zusammentreffens des neuen Parlaments... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Litauen :

Litauische Präsidentin trifft Julia Timoschenko



Am 11. Mai traf die litauische Präsidentin Dalia Grubauskaite anlässlich ihrer Reise in die Ukraine Julia Timoschenko im Krankenhaus, in das diese kurz zuvor verlegt worden war. Die litauische Präsidentin bewertete die Zustimmung der ukrainischen Regierung zur Verlegung Julia Timoschenkos und zu ihrer Behandlung durch einen deutschen Arzt als ersten Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der europäischen Werte. Sie forderte von der Ukraine schnelle und klare Entscheidungen als Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit und für gegenseitiges Vertrauen, insbesondere in Bezug auf die Menschenrechte... [Fortsetzung](#)

Portugal :

25. Portugal-Spanien-Gipfel



Am 9. Mai fand in Porto der 25. Portugal-Spanien-Gipfel statt. Der spanische Regierungschef, Mariano Rajoy, betonte, dass "dringend und prioritär" die 3 Pfeiler gestärkt werden müssten, auf denen der Euro steht: Sparpolitik, Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum. Er betonte, dass die Wirtschaftsreformen in Spanien und Portugal alternativlos seien. Der Premierminister Portugals, Pedro Passos Coelho, erklärte, dass "Wachstumspolitik in der europäischen Debatte keine Neuheit" sei, dass es aber ebenso notwendig sei, auf struktureller Ebene zu handeln. Es wurden insgesamt 15 bilaterale Abkommen unterzeichnet, unter anderem in den Bereichen Arbeit, Bildung, Sport, Fischerei, Nationalparks und Zivilschutz... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Rumänisches Parlament spricht neuer Regierung das Vertrauen aus



Am 7. Mai sprach das rumänische Parlament der neuen Regierung unter Victor Ponta mit 284 gegen 92 Stimmen das Vertrauen aus. Die neue rumänische Regierung besteht aus 21 Mitgliedern, es gibt 2 Frauen in der Regierung. Die neue Regierung wird bis zu den

Großbritannien :

Rede von Elisabeth II. vor dem britischen Parlament



Am 9. Mai hielt die britische Königin Elisabeth II. eine Rede vor beiden Kammern des Parlaments, in der sie die wirtschaftlichen und rechtlichen Regierungsvorhaben darlegte, wie auch die geplanten Verfassungsreformen. Sie betonte die Notwendigkeit des Schuldenabbaus und der wirtschaftlichen Stabilität. Sie sprach auch über die hierfür notwendigen Finanzmittel... [Fortsetzung](#)

Sagten Sie "europäische Verteidigung"?



Die Entscheidung der Briten für die amerikanische F-35B-Ausstattung für Flugzeugträger, veröffentlicht am 10. Mai, ist ein harter Schlag für die französisch-britische Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung. Die britische Regierung musste sich zwischen zwei möglichen Versionen des Kampfflugzeugs entscheiden, das von Lockheed Martin für die Royal Navy und die Royal Air Force hergestellt wird, nämlich zwischen der Version F-35B mit einer vertikalen Abflug- und Landemöglichkeit und der Version F-35C, die letztendlich abgelehnt wurde. Die Entscheidung für F-35C-Kampfflieger hätte zu zusätzlichen Kosten aufgrund von aufwändigen Baumaßnahmen auf dem zukünftigen Flugzeugträger Queen Elizabeth geführt in Höhe von zusätzlichen 2 Milliarden Pfund (2,5 Milliarden Euro) und zu 3 Jahren Verzögerung im Vergleich zum ursprünglichen Zeit- und Kostenplan. Die Entscheidung ist politisch wie diplomatisch heikel... [Fortsetzung](#)

Russland :

Dimitri Medwedew, russischer Premierminister



Am 8. Mai bestätigte die Duma die Nominierung des ehemaligen Präsidenten Dimitri Medwedew zum neuen Premierminister. Bei seinem Amtsantritt als neuer Präsident am 7. Mai hatte Wladimir Putin Dimitri Medwedew als neuen Regierungschef vorgeschlagen... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Julia Timoschenko endlich in Behandlung



Am 9. Mai wurde Julia Timoschenko vom Gefängnis in ein Krankenhaus in Charkiw verlegt, wo sie auch von dem deutschen Arzt Lutz Harms behandelt wird. Dieser teilte mit, dass sie ihren Hungerstreik nunmehr beendet habe. Am Vortag hatte die ukrainische Regierung mitgeteilt, dass sie den Jalta-Gipfel, der für den 11. und 12. Mai geplant war, absagen würde, da bereits über 8 der insgesamt 20 vorgesehenen Teilnehmerstaaten ihre Teilnahme abgesagt hätten. Neben diesem Boykott haben die Europäische Kommission und einige politische Persönlichkeiten bereits angekündigt, dass sie nicht an Spielen der Fußball-Europameisterschaft 2012 in der Ukraine teilnehmen werden. Darüber hinaus protestierten über 2000 Ukrainer am 12. Mai in Kiew gegen das Regime Viktor Janukowitschs, sie forderten die Freilassung der inhaftierten Oppositionsangehörigen... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Bericht der Kommission über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte



Am 8. Mai präsentierte die Europäische Kommission ihren Bericht namens RAPEX über die Entwicklungen des Schnellwarnsystems für gefährliche Produkte, die keine Lebensmittel sind. Gefährliche Produkte werden laut Aussage des Berichts früher und wirksamer entdeckt, so dass sie schneller vom europäischen Markt genommen werden können. Nach Aussage John Dallis, Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, "müssen wir aufmerksam bleiben, um uns den Herausforderungen zu stellen, die mit der Globalisierung einhergehen". Die größte Anzahl gefährlicher Produkte kommt weiterhin aus China (54%), 19% der entdeckten Produkte kam aus der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion?



Das Finnische Institut für Auswärtige Angelegenheiten (Finnish Institute of International Affairs (FIIA)) veröffentlicht eine Studie mit dem Titel "On the road to a true Economic and Monetary Union? The challenges of fiscal federalism and democratic legitimacy". Der Autor, Teija Tilikainen, analysiert die Auswirkungen der Krise auf die Wirtschafts- und Währungsunion und die Notwendigkeit für die Europäische Union, ihre Zuständigkeit in den Bereichen Steuer- und Wirtschaftspolitik zu stärken, ein Ziel, das nach Meinung des Autors nur durch die Schaffung eines europäischen föderalen Ordnungsrahmens erreicht werden kann... [Fortsetzung](#)

Analyse der französischen Präsidentschaftswahlen - Konsequenzen für Deutschland und für die EU



Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) hat eine Studie von Ronja Kempin und Daniela Schwarzer veröffentlicht, in der die Folgen der französischen Präsidentschaftswahlen für Deutschland und die Europäische Union analysiert werden. Beide Autorinnen analysieren zunächst die Gründe für den Erfolg von François Hollande unter Darstellung der zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die der neue französische Präsident jetzt meistern muss. Die Studie betont darüber hinaus die Bedeutung der französischen Parlamentswahlen für Berlin und die Europäische Union, die am 10. und 17. Juni 2012 stattfinden werden... [Fortsetzung](#)

Frankreich muss neue Ambition für Europa zeigen



Thierry Chopin, Jean-François Jamet und Christian Lequesne fordern in einem Artikel in der französischen Zeitung "Les Echos" vom 7. Mai, dass Frankreich "eine neue Ambition für Europa" entwickeln müsse. In ihrem Artikel schreiben die Autoren: "Die politische Führung in Europa muss wieder als Gestalter tätig sein und nicht nur als Feuerlöscher..."

[Fortsetzung](#)

Kultur :

Lange Nacht der Museen in Europa



Am 19. Mai werden anlässlich der 8. Langen Nacht der Museen europaweit viele Museen bis spät in die Nacht geöffnet sein. Ein buntes Rahmenprogramm erwartet die Besucher, überwiegend bei freiem Eintritt. Im letzten Jahr beteiligten sich 3.700 kulturelle Institutionen in 37 Ländern der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

49. Theaterfestspiele in Berlin



Bis zum 20. Mai finden in Berlin die 49. Theaterfestspiele statt, die Gelegenheit bieten, die 10 spektakulärsten Aufführungen der Saison zu sehen. Unter anderem werden Inszenierungen der Berliner Volksbühne und der Münchner Kammerspiele präsentiert. Während des dreiwöchigen Festivals werden insgesamt 550 Künstler auf der Bühne zu sehen sein. Es gibt außerdem ein buntes Rahmenprogramm bestehend aus Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen und Konzerten... [Fortsetzung](#)

Nikki de Saint-Phalle in Malmö



Das Museum für moderne Kunst (Modernamuseet) in Malmö zeigt bis zum 9. September eine Ausstellung der Werke der französischen Künstlerin Nikki de Saint-Phalle (1930-2002). Ihre Werke aus den 60er Jahren zeichnen sich durch einzigartige Originalität und Farbigkeit aus. Nikki de Saint-Phalle setzt sich in ihrem Werk unter anderem mit den Themen Macht und Ohnmacht, soziale Schemata der Zerstörung, Geschlechter, Liebe und Sexualität auseinander... [Fortsetzung](#)

Jeff Koons in der Fondation Beyeler



Bis zum 2. September zeigt die Fondation Beyeler in Basel Werke des Künstlers Jeff Koons. Die ausgestellten Werke, die zum ersten Mal in der Schweiz gezeigt werden, sind in drei Gruppen unterteilt und zeigen die Breite und die Entwicklung des Gesamtwerks Jeff Koons im Laufe der Jahre. Die drei Sektionen tragen die Titel "The New", "Banality" (Werke aus Holz und Porzellan) und "Celebration" (Stahlskulpturen und Großformate)... [Fortsetzung](#)

65. Filmfestival in Cannes



Vom 16. bis zum 27. Mai findet das 65. Filmfestival in Cannes statt. Im Wettbewerb stehen dieses Jahr 22 Filme, darüber hinaus werden 20 Filme in der Rubrik "Un certain regard" gezeigt, die außerhalb des Wettbewerbs laufen. In diesem Jahr werden unter anderem Filme der Regisseure Michael Haneke, Jacques Audiard, Ken Loach, Alain Resnais, Bernardo Bertolucci und Cristian Mungiu gezeigt. Juryvorsitzende ist Nanni Moretti... [Fortsetzung](#)

Agenda :



14. Mai
Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"
Ratstreffen "Landwirtschaft und Fischerei"

Treffen der Eurogruppe



15. Mai
Ratstreffen "Wirtschaft und Finanzen"



16. Mai
Berlin
1. Treffen zwischen Angela Merkel und François Hollande



17. Mai
Wolfgang Schäuble erhält den Karlspreis 2012



17.-18. Mai
München
G6-Treffen der europäischen Innenminister



18.-19. Mai
Camp David
G8-Gipfel



19. Mai
8. Europäische lange Nacht der Museen



20.-21. Mai
Chicago
NATO-Gipfel



👍 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Mélanie Laplace, Camille Stephan, Marion Zosi.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}